Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, und in den Nebenannahmestellen v. Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11–½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif.
Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pf. Für Familiennachrichten Grundz. 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: **Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.**
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Photographische
Apparate
in reichster Auswahl bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Ecke Gewandhaus-, Nähe König-Johannstrasse).
Fabrik: **Reick** bei Dresden.
Filialen:
Leipzig, Berlin, Frankfurt a. M., Bodenbach i. B.
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

WEIN-Handlung -Stuben
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath
Wallstr. 8

L. Weidig, Waisenhausstr. 34
Wegen vorgerückter Saison verkaufe ich mein **grosses Lager elegant garnirter Damenhüte** jeden Genres zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

Atelier für feine
Corsets
nach Maass.
Grosses Lager von **Paris** und **Brüssel**.
Heinrich Plaul
Hoflieferant
Wallstr. 25

Mit **Rückgratsverkrümmung** Behafteten halte meine nach den Grundsätzen der Wissenschaft construirten **Supporter-Corsets** empfohlen. **Carl Wendschuch,** Bandagist und Königl. Hoflieferant, **Struvestr. 11.**

Nr. 340. **Spiegel:** Marinevorlage im Reichstag. Hofnachrichten. Landtag. Steuer auf Zweiggeschäfte. Tollwuth. Gesammtrathssitzung. „Der Herrgottschnitzer". Kammermusikabend. | Muthmaßliche Witterung: Mild, leichter Frost. | **Mittwoch, 8. Dezember 1897.**

Politisches.

Gleich am ersten Tage der Verhandlungen über die Marinevorlage hat die Regierung fast ihre gesammte Streitkraft in Aktion treten lassen. Außer dem Reichskanzler sprachen vier Staatssekretäre, von denen drei, die Herren Tirpitz, v. Thielmann und v. Bülow, zum ersten Male Gelegenheit hatten, sich als parlamentarische Redner zu erproben. Einen hervorragenden Eindruck haben die drei Jungfernredner indeß nicht zu erzielen vermocht, und trotz der oratorischen Kraftanstrengungen, die vom Bundesrathstische aus gemacht wurden, erhob sich die Debatte im Ganzen nicht allzusehr über das Niveau der nüchtern geschäftsmäßigen Behandlung, die zwar in ihrer strengen Sachlichkeit geeignet sein mag, alle Anhänger der Flottenverstärkung in ihren Ueberzeugungen zu festigen, die aber bei dem Mangel eines starken nationalen Temperaments der Größe der gestellten Aufgabe nicht vollständig entspricht. Man vermißte vor Allem die unbezwingliche Energie des Willens, die nöthig ist, um den Gegnern unserer nationalen Machtstellung von vornherein das Bewußtsein beizubringen, daß die Regierung hier, wo es sich um Forderungen für die Verstärkung unserer Wehrkraft handelt, nicht mit sich feilschen und handeln läßt, sondern unabdinglich darauf besteht, unter allen Umständen und allen Widerspruchen zum Trotz das durchzusetzen, was für unbedingt nothwendig erkannt worden ist. Wie anders, wenn Fürst Bismarck mit seiner Titanenkraft den Kampf um die höchsten nationalen Interessen gegen eine antinationale Mehrheit führte; da erhoben sich die Debatten zur Höhe weltgeschichtlicher Tragweite. Solche Reminiscenzen lassen sich nicht abwehren; aber die gebieterische Pflicht des Tages gestattet nicht länger bei ihnen zu verweilen. Wir müssen zufrieden sein, daß die neuen Männer, denen der Nimbus glorreicher Erfolge fehlt, ersichtlich bemüht sind, nach Maßgabe ihrer Befähigung ihre Kräfte für die Durchführung der Aufgabe, die ihnen gestellt ist, einzusetzen.

Eindruckslos wie fast immer blieb der einleitende Vortrag, den Fürst Hohenlohe verlas. Er betonte zwar, daß die verbündeten Regierungen einmüthig die geforderte Vermehrung der Kriegsschiffe „für eine nicht mehr von der Hand zu weisende Nothwendigkeit halten"; aber die Unerschütterlichkeit des einmüthig gefaßten Entschlusses, welche die noch schwankenden unentschlossenen Elemente von vornherein zwingen müßte, offen und rückhaltlos Farbe zu bekennen, wird man aus den mattherzigen Erklärungen des Kanzlers schwerlich entnommen haben. Auch das Eugen Richter'sche Schlagwort von der Knebelung des Etatrechts hat der Reichskanzler in seiner ganzen Nichtigkeit nicht zu entkräften vermocht, wenn er die Auffassung, daß sich aus dem Bewilligungsrechte der Parlamente deren Befugniß ableiten lasse, durch Nichtbewilligung den Staatsorganismus ganz oder theilweise lahmzulegen, als eine und zwar nur nach seiner persönlichen Meinung blos doktrinäre bezeichnete. Daß die Vorlage den Gedanken jeder Abenteuerpolitik ausschließt, ist klar. Daher hätte der Reichskanzler wahrlich nicht nöthig gehabt, als er dies bestätigte, wiederum ausdrücklich vorauszuschicken, daß er hierbei seiner persönlichen Ansicht Ausdruck gebe. Die drei neuen Staatssekretäre vertheidigten und begründeten in längeren Ausführungen die Vorlage jeder vom Standpunkte seines Ressorts. Der Staatssekretär im Reichsmarineamt Tirpitz ergänzte den Vortrag des Reichskanzlers nach der marinetechnischen Seite, ohne ein einziges Mal aus dem Rahmen der strengsten Sachlichkeit herauszutreten. Einen Vorwurf schließt das sicherlich nicht ein; aber gerade von demjenigen Vertreter der verbündeten Regierungen, dessen Name der gesetzlich festzulegende Flottenplan trägt und der dafür in erster Linie verantwortlich ist, hätte man doch wohl erwarten dürfen, daß er Worte finden würde, um in warmherziger, zündender Weise an den deutschen Nationalstolz zu appelliren, damit die Gefahr des wirthschaftlichen und politischen Niederganges abgewendet wird, die uns droht, wenn die Seeinteressen Deutschlands in Zukunft unterbunden oder ernstlich geschädigt werden. Ebenso sachlich, aber auch gleich nüchtern begründete sein Kollege, der neue Reichsschatzsekretär Freiherr v. Thielmann, die Vorlage vom finanziellen und verfassungsrechtlichen Standpunkte. Oratorisch am wirksamsten war die Rede des Nachfolgers des Herrn v. Marschall, des Staatssekretärs des Auswärtigen v. Bülow. Sie zeigte ein frischeres Kolorit, obwohl er wiederholt versicherte, daß er sich angesichts der schwebenden Differenzen mit Haiti und China Zurückhaltung auferlegen müsse. Aus seinen Worten sprach ungleich entschiedener als aus denen des Reichskanzlers das Bewußtsein unserer nationalen Machtstellung, wenn auch nicht in jener imponirenden Energie, die einst ihr Begründer, der große Kanzler, bei Erörterung auswärtiger Fragen im Reichstage bekundet hatte. Fürst Hohenlohe hatte bemerkt: „Wollen wir unsere weitere gedeihliche Entwickelung auf wirthschaftlichem Gebiete und unsere Stellung im Concert der Mächte sichern, so müssen wir auch hier (bei der Lösung internationaler Probleme) ein, wenn auch bescheidenes Wort, jedenfalls aber ein deutsches Wort mitzureden haben." Ganz so bescheiden faßt der neue Staatssekretär des Auswärtigen die Aufgaben unserer internationalen Politik nicht auf. „Wir sind nicht der Ansicht," sagte er, „daß Deutschland aus zukunftsreichen Ländern von vornherein auszuschließen sei von dem Wettbewerb mit anderen Völkern. Die Zeiten sind vorüber, wo der Eine das Land nahm, der Andere die See, und der Deutsche sagte: wir wollen uns mit dem Himmel begnügen. Wir betrachten es als eine unserer ersten Aufgaben, in Ostasien die Interessen der Schifffahrt, des Handels und der Industrie zu fördern und zu pflegen." „Wir können nicht zugeben," führte er am Schluß seiner Rede weiter aus, „daß in China sich die Meinung festsetze, uns gegenüber sei etwas erlaubt, was man sich Anderen gegenüber nicht herausnimmt. Wir müssen verlangen, daß die deutsche Waare und der deutsche Unternehmer, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff ein ebenso großes Ansehen genießen, wie die anderer Mächte. Wir sind weit entfernt, in China anderen Großmächten zu nahe treten zu wollen. Mit einem Wort: wir wollen Niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz in der Sonne." Das ist eine Haltung, die früher, als Deutschland noch eine dominirende Stellung im Concert der Mächte einnahm und alle Fäden der internationalen Politik in Bismarck's Händen zusammenliefen, als etwas ganz Selbstverständliches angesehen worden wäre, worüber man nicht viel Worte zu verlieren braucht; aber heute, wo wir nicht mehr auf der Höhe unserer ehemaligen internationalen Machtstellung stehen, haben wir allen Anlaß, die entschiedene Bekundung einer solchen Haltung mit Genugthuung zu begrüßen. Der konservative Redner Graf zu Limburg-Stirum hatte den Muth, offen auszusprechen, daß unser Ansehen, welches durch die persönliche Stellung des Altreichskanzlers im Auslande begründet war, heute nicht mehr genau dasselbe wie früher ist, daß wir die Autorität, die wir für die auswärtige Politik zur Zeit des Fürsten Bismarck hatten, nicht mehr haben. Gerade deshalb müssen wir bemüht sein, das Defizit an Ansehen und Autorität, das mit Bismarck's Sturze erfolgt ist, dadurch einigermaßen auszugleichen, daß wir unsere Wehrkraft zu Lande und zu Wasser in einer achtunggebietenden Stärke erhalten. Mit Recht schloß Graf zu Limburg-Stirum seine Rede mit den Worten: „Es muß dem Auslande immer klar sein, daß unsere Macht nicht allein auf dem persönlichen Ansehen der an der Spitze stehenden Leute beruht, sondern auf der Kriegstüchtigkeit und Tapferkeit und der nach außen hin bestehenden Einigkeit der Regierungen und des Landes."

Die Opposition hatte keinen glücklichen Tag. Der jüdische Sozialdemokrat Schönlank eröffnete die Schlacht mit der Wirkung, daß der größte Theil seiner Kollegen — es war trotz des „großen" Tages überhaupt nur eine schwache Minderheit von Volksvertretern zur Stelle — schleunigst den Saal verließ. Kräftiger konnte der Vertreter der internationalen Demokratie, der von absolutistischen Neigungen gesprochen hatte, nicht abgefertigt werden, als durch den Staatssekretär des Innern Grafen von Posadowsky, der ihm erwiederte: „Wenn jemals eine Majorität sich finden sollte, die beseelt ist von der Auffassung, die uns in dieser großen nationalen Frage der Abg. Schönlank zu erkennen gegeben hat, dann wird es keines Aktes des Absolutismus bedürfen, um den Parlamentarismus zu vernichten, dann wird er von selbst stürzen, weil er seine innere nationale Lebenskraft verloren hat."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. Dezember.

* **Paris.** Senat. Bei der Interpellation Scheurer in der Dreyfus-Angelegenheit wird von Scheurer ausgeführt, er werde die bisher beobachtete Zurückhaltung bis zum Abschluß der Untersuchung bewahren. Er hätte dem Kriegsminister die Beweisstücke gezeigt. Der Ministerpräses habe ihm gesagt, als er die Beweisstücke zeigte, Dreyfus sei schuldig und Scheurer habe sich erboten, öffentlich zu erklären, daß er sich irre, wenn ihm der Beweis dafür gebracht werde. Der Ministerpräses erwiderte, er habe Scheurer's Verdachtungen nicht Rechnung zu tragen.

* **London.** Reuter's Bureau verbreitet eine Depesche aus Port au Prince vom 7. Dezember, wonach der Zwischenfall mit Deutschland als beigelegt erscheint. Die deutsche Flagge wurde salutirt. Die Fremden, welche sich an Bord der im Hafen liegenden Schiffe geflüchtet hatten, kehrten nach der Stadt zurück.

* **London.** Reuter's Bureau erfährt aus Port-au-Prince: Haiti bewilligte alle Forderungen Deutschlands. Dem ersten Theil der Forderung sei gestern Abend Genüge geschehen. Das haitische Flaggschiff „Cretea Pierrot" unter dem Admiral Killick dippte vor der deutschen Flagge seine Flagge, das Musikkorps der haitischen Flotte spielte die deutsche Nationalhymne. Der „Cretea Pierrot" gab den Salut von 21 Schuß ab, der von dem deutschen Flaggschiff „Charlotte" erwiedert wurde. Der zweite Theil der geforderten ceremoniellen Genugthuung wird heute zur Ausführung gelangen; der deutsche Geschäftsträger, Graf v. Schwerin, werde in förmlicher und feierlicher Weise von den Haitischen Beamten empfangen werden. Letztere hätten Versicherungen abgegeben, daß gegen diejenigen Beamten, welche für die gegenwärtige Entzweiung zwischen Deutschland und Haiti verantwortlich seien, eine summarische Justiz vollstreckt werden solle.

Berlin. **Reichstag.** Die Berathung des **Flottengesetzes** in erster Lesung wird fortgesetzt. — Abg. Richter (freis. Volksp.): Allen nothwendigen Bewilligungen hat der Reichstag sich niemals entzogen, das beweisen die Steigerungen sowohl des Marine-Etats wie auch der Reichsschuld. Seit dem Tode Kaiser Wilhelm's I. hat sich das Ordinarium des Marine-Etats von 37 auf 59 Millionen erhöht, eben so gestiegen sind die Aufwendungen für Schiffsbauten. Eine solche Machtentfaltung wie gegenwärtig hat unsererseits auf überseeischem Gebiete noch niemals stattgefunden. Wie kann man da dem Reichstag in Bezug auf die Entwickelung unserer Marine auch nur das geringste Verschulden vorwerfen, am allerwenigsten in Bezug auf unsere Kreuzerflotte, denn dieser hat die Marineverwaltung stets ein relativ untergeordnetes Interesse zugewendet. Was die Panzerschiffe anlangt, so würde nach dem früheren Hollmann'schen Plane erst im Jahre 1899 ein neues viertes Panzerschiff in Angriff zu nehmen sein, während nach der jetzigen Vorlage schon 1898 zwei weitere Panzer, also der vierte und fünfte, in Angriff genommen werden sollen. Daß wir mit den vorhandenen Schiffen und denen, die schon im Bau sind, auskommen können, hat ja auch der Staatssekretär v. Bülow zugegeben, als er in Bezug auf Haiti sagte: „Wir haben den Willen und die Macht." Wenn die Sühne nicht immer schleunig genug erfolgen kann, nun, wie oft müssen nicht unsere Staatsbürger in ihrem eigenen Lande lange warten, ehe sie für eine Unbill Entschädigung erlangen. (Beifall links.) Und wenn wir für jede Unbill eintreten wollten, die Deutsche im Ausland erleiden, müßten wir dann nicht auch für die Deutschen in Rußland, für die Deutschen in Oesterreich eintreten, die unter fremdem Uebermuth leiden. Die Marine und ihre Machtentfaltung steht in keiner Beziehung zu der Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie. Für diese kommt es nur darauf an, daß die richtige Erkenntniß verbreitet wird, bei uns wie bei anderen Staaten, von der Wichtigkeit guter Handelsbeziehungen. Für die Auslandsschiffe sollen außerdem, der Vorlage zufolge, auch nach sieben Jahren nur 1718 Mannschaften mehr verfügbar sein. Diese 1718 Mann können doch unmöglich alles das für den Handel erreichen, was Sie davon erhoffen. Entscheidend für uns ist doch die Wehrkraft zu Lande; die Marine hat nur eine nebensächliche Bedeutung. Wenn eine subjektive Vorliebe einen Zweig zu sehr bevorzugen will, so ist es gerade Aufgabe des Parlaments, die vorhandenen Mittel und Zwecke nach ihrer Bedeutung vorsichtig abzuwägen. In der bekannten Erklärung des „Reichsanzeigers" vom vorigen Jahre ist, und zwar doch offenbar mit Zustimmung des Reichskanzlers, die Qualifikation des Herrn Tirpitz zur Ausarbeitung von Flottenplänen bestritten worden (Heiterkeit), und jetzt sind diese Pläne zur Vorlage aufgenommen worden. „Erkläret mir Graf Oerindur, doch diesen Zwiespalt der Natur." Der Herr Reichskanzler hat einmal von Träumen über eine deutsche Flotte gesprochen, die aber auch ihm als Unmöglichkeit erschienen, wenn er sich des Reichstags und der Steuerfrage erinnere. Jetzt soll diese Unmöglichkeit erreicht werden ohne Rücksicht auf die Steuerzahler. Ein Artikel im „Reichsanzeiger" hat uns am Sonnabend vor acht Tagen versichert, neue Steuern seien nicht nöthig. Will man uns diese Versicherung nicht vielleicht gesetzlich festlegen? (Heiterkeit.) Es wäre das um so nöthiger, als noch 1895 Graf Posadowsky erklärt hat, die Biersteuer werde doch immer wieder drohend ihr Haupt erheben. Im nächsten Jahre läuft das Militär-Quinquennat ab. Ehe man hier ein Marine-Aeternat bewilligt, wollen wir doch erst einmal anschauen, wie das nächste Militär-Quinquennat aussehen wird. Die Herren vom Militär werden dann schon mit ihren Forderungen kommen. Wenn es da am Gelde fehlt, werden die Einzelstaaten kommen, erst Herr Miquel, dann Bayern und all' die anderen Staaten bis hinab Meiningen, und werden rufen: „Wir brauchen unbedingt neue Steuern." (Heiterkeit.) Was das Etatsrecht anbelangt, so wird doch sicher hier eine Bindung des Reichstags verlangt. Wenn wir Aehnliches nach der entgegengesetzten Richtung forderten, wie würde man da über Verletzung der Kronrechte schreien (Links: Sehr richtig). Ein wahres Heer von Streitigkeiten entsteht, wenn wir uns auf so und soviel große Kreuzer rc. binden. Graf Limburg sprach von einer moralischen Bindung auch der Regierungen. Wie sich die Regierungen gebunden fühlen, hat man bei dem Militärseptennat gesehen, wo man uns schon lange vor dessen natürlichem Ablauf mit Neuforderungen gekommen ist. Das englische Gesetz, auf welches man sich bezogen hat, enthält nichts von Schiffsbestand und bestimmter Indiensthaltung. Was heißt überhaupt dieser Vergleich zwischen deutschem und englischem Gesetz? Dort bestimmt das Parlament, hier können wir ein Vereinsrecht oder sonst etwas beschließen, die Regierungen kümmern sich nicht darum. In England und anderen Ländern sind auch die Ressortminister nicht nur formell, sondern wirklich verantwortlich, man kennt dort keinen obersten Kriegsherrn, keine Kommandogewalt. Wenn wir hier unsere Rechte wahren, so wahren wir auch zugleich die Rechte der sich wirklich verantwortlich fühlenden Minister. Die Herren waren alle gestern sehr liebenswürdig (Heiterkeit), das sind wir auch (Große Heiterkeit), aber was nützt es uns, wenn wir anfangen Vertrauen zu ihnen zu haben (Heiterkeit), morgen schon sind sie vielleicht fort (Stürmische Heiterkeit). Graf Limburg meinte, wir sollten dem Ausland Einigkeit zeigen, dieses Gesetz ist kein Gesetz zur Hebung unseres Ansehens im Ausland, sondern ein Gesetz des Mißtrauens gegen die Volksvertretung. Fürst Bismarck hat unlängst nicht unzutreffend gesagt, er habe wohl den monarchischen Reiter zu sehr in den Sattel gehoben. Wir lehnen dieses Gesetz ab, weil wir die Volksrechte nicht noch mehr geschmälert wissen wollen. (Beifall links.) — Staatssekretär Tirpitz weist auf die Zwischenfälle in Haiti und China hin, welche die Unzulänglichkeit unserer Flotte zeigten. Daß zwischen ihm und seinem Amtsvorgänger ein Widerspruch bestehe hinsichtlich der Typen, bestreite er. Hollmann habe schon dieselben Typen vorgeschlagen, die das vorliegende Gesetz vorschlägt. Herr Richter stelle das Aeternat als etwas Schlimmes dar, aber der Reichstag werde doch gewiß eine Flotte, die er bewillige, auch erhalten wollen. Wenn der Reichstag gebunden werden solle, so binden sich doch auch die verbündeten Regierungen. Der Vorwurf der Uferlosigkeit sei unberechtigt gegenüber der Thatsache, daß hier eine Festlegung gewollt sei. Richter habe angedeutet, daß noch andere Faktoren mitsprächen, d. h. also wohl das Marinekabinet. Was hier vertreten werde, das vertrete der Staatssekretär verantwortlich und aus voller Ueberzeugung. Weiter habe Richter seine Beziehungen zur Presse erwähnt. Er (Tirpitz) mache keine Ausnahmen und würde seine zur Aufklärung dienenden Nachrichten eventuell auch der „Freis. Ztg." geben. (Heiterkeit.) — Abg. Graf Arnim erklärt Namens der Reichspartei, diese halte die Vorlage für eine sehr gute Grundlage zu einer Verständigung, zumal angesichts der überzeugenden Darlegung über unsere Seeinteressen. Die Sozialdemokraten freilich meinten, die Schiffe seien nichts weiter als eine kulturfeindliche Erfindung der Regierung, während in Wirklichkeit die Schiffe dem Schutz unserer nationalen Arbeit dienen. Auch Richter habe leider kein Verständniß für die Bedeutung der Kreuzer, für den Schutz unseres nationalen Handels. Das Mißverhältniß zwischen Bedeutung des Handels und Schutz desselben durch die Marine sei nirgends so groß wie bei uns. Die Behauptung Richter's, daß nirgends im Ausland der Flottenbestand in ähnlicher Weise festgelegt sei, sei irrig, denn in Italien sei das geschehen und in England auch, denn die dortige 400-Millionen-Anleihe laufe doch auf eine Festlegung hinaus. — Abg. Lieber (Centr.): Unter dem Eindruck der Wichtigkeit der Vorlage ist es meinen politischen Freunden völlig unmöglich, in diesem Augenblick zu einem abschließenden Urtheil zu kommen. Die politische Lage für eine solche Vorlage ist die denkbar ungünstigste. Nach langem Drängen ist diese Vorlage und auch die Militärstrafprozeßvorlage im Bundesrath zu Stande gekommen. Auch in Bezug auf die letztere sind wir mit unserem Urtheil nicht so fertig wie Herr Schoenlank. Wir werden sie mit allem Wohlwollen, aber mit der schärfsten Sonde prüfen. Leider ist ferner das Versprechen, betr. die Vereinsgesetznovelle, in Preußen noch nicht eingelöst worden, obwohl sogar Sachsen damit vorangegangen ist. Auch die Forderung des Reichstags in Bezug auf das Jesuitengesetz ist vom Bundesrath nicht berücksichtigt worden. Trotzdem sind wir fest entschlossen, die Vorlage mit voller Objektivität zu prüfen und die Stellungnahme uns nur von Gründen, die in der Sache selbst liegen, diktiren zu lassen. Es werde sehr sorgsam zu prüfen sein, ob die Finanzlage wirklich eine so günstige sei, wie man sie jetzt darstelle, und ob es wirklich ohne eine gesetzliche Regelung nicht gehe. Nöthig sei allerdings, endlich einmal Klarheit über das, was betreffs Organisation der Marine geplant und wünschenswerth ist, zu erlangen. Es scheint hier, daß in der Begründung der Vorlage vielleicht schon etwas zu viel für das Ausland gesorgt worden sei. Weitere Aufklärungen werden in der Kommission gegeben werden müssen. So fehlt bisher jede Angabe darüber, was die Regierung uns alljährlich abzufordern gedenkt an „sämmtlichem Zubehör", an Torpedo-Fahrzeugen, Kanonenbooten rc. Wenn es überhaupt zu einer gesetzlichen Regelung kommt, wird dieser ganze „Zubehör", wie das in Italien geschehen ist, ebenfalls in die gesetzliche Regelung einbezogen werden müssen. Wozu dieses Aeternat? Eigentlich bindet man sich doch bei jedem Gesetz, z. B. bei Beamtenbesoldungen, auch ist zuzugeben, daß eine moralische Bindung für die verbündeten Regierungen vorliegt. Der Reichstag würde sich nach etwa fünf Jahren sogar noch viel eher einer solchen Bindung entziehen können als die verbündeten Regierungen. Die wirksamste Bindung für die Regierung liegt jedenfalls in dem Gesetz selbst, denn die Regierung würde niemals über diese Vorlage hinaus

Wasche mit Grosser's Waschstein! Stück 10 Pf. E. R. Grosser, Dresden.